

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:  
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,  
in Deutschland vierteljährlich 1 Mt. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mt.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 18. Januar 1899.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten  
Deutschlands: A. Hoffe, Hansen & Bogler, G. H. Daube,  
J. Walther, Berlin. Bernh. Arndt, Max. Bertram,  
Elberfeld. W. Thiem, Halle a. S. Jul. Bard & Co.,  
Hamburg. Wilhelm Witten, in Berlin, Danzig und Frankfurt  
a. M. Fern. Eiser. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

### Der Entwurf zum preussischen Staatshaushaltsetat für 1899

ist in Einnahme und Ausgabe auf 2 326 327 348 Mark festgelegt. Von den Ausgaben entfallen 2 187 175 538 Mark auf das Ordinarium und 139 151 810 Mark auf das Extraordinarium. Gegenüber den Veranschlagungen für das laufende Etatsjahr ergeben diejenigen für 1899 bei den Einnahmen ein Mehr von 138 799 964 Mark, bei den Ausgaben ein gleiches Mehrbetrag, von welchem auf das Ordinarium 181 284 158 Mark, auf das Extraordinarium 7 515 806 Mark entfallen.

Bei den staatlichen Betriebsverwaltungen ist im Ordinarium ein Mehrüberschuss von 39,2 Millionen veranschlagt, wobei zu bemerken ist, daß bei allen, den Betriebs- als den übrigen Verwaltungen, dem veranschlagten Mehrbedarf für 1899 noch derjenige Betrag hinzuzurechnen ist, welcher auf die einzelnen Verwaltungen von dem für 1899 im Etat des Finanzministeriums ausgetragenen Beträge von insgesamt 12,3 Millionen zu Dienstleistungsbesserungen für Unterbeamte und einzelne Kategorien von mittleren Beamten entfällt.

Von den Mehrüberschüssen bei den Betriebsverwaltungen entfallen 15,2 Millionen auf die Eisenbahnverwaltung, deren Einnahmen um 76,2 Millionen höher veranschlagt sind, namentlich um 24,5 Millionen bei dem Personen- und um 47,9 Millionen bei dem Güterverkehr. Der Mehrüberschuss bei der Verwaltung der direkten Steuern ist auf 12,3 Millionen, veranschlagt, bei der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung auf 5 Millionen, bei der Forstverwaltung auf 3,9 Mill., bei der Verwaltung der indirekten Steuern auf 3,5 Millionen. Ein Minderüberschuss von 0,7 Millionen ergibt sich bei der Domänenverwaltung, bei welcher namentlich eine Mindereinnahme von nahezu 400 000 Mark in Folge der beabsichtigten Ueberragung der Nutzung des Bernsteinmonopols auf die Handels- und Gewerbeverwaltung, ferner eine Mindereinnahme von 135 878 Mark an Ertrag von Domänenverpachtungen veranschlagt ist.

Die Dotationen und die allgemeine Finanzverwaltung weisen im Ordinarium einen Mehrbedarf von 3 Millionen auf. Bei der Verwaltung der öffentlichen Schuld berechnet sich der Mehrbedarf auf 3,8 Millionen, für beide Häuser des Landtages namentlich in Folge der längeren Dauer der Sessionen auf 0,4 Millionen; bei der allgemeinen Finanzverwaltung ergibt sich ein Minderbedarf von 1,2 Millionen.

Bei den eigentlichen Staatsverwaltungen sind Mehraufnahmen von insgesamt 7,7 Millionen in Ansatz gebracht, jedoch handelt es sich hierbei zum größeren Theile um Mehraufträge, welche sich nur in Folge der Anwendung des Grundsatzes der Brutto-Einstufung auf die Einnahmen und Ausgaben der Gefängnisse und der Strafanstalten ergeben und denen demnach entsprechende Mehraufträge bei den Ausgaben gegenüberstehen. Bei der Handels- und Gewerbeverwaltung sind 1,7 Millionen Mehraufnahmen aus der Nutzung der Bernsteinwerke veranschlagt, denen indessen 1 Million Mehraufgaben aus demselben Anlasse gegenüberstehen.

Die dauernden Ausgaben der eigentlichen Staatsverwaltungen erhöhen sich um insgesamt 26,5 Millionen. Auf das Finanzministerium entfallen davon 16,7 Millionen, worunter 12,3 Millionen für die Einkommensverbesserungen der Beamten, auf die allgemeine Bauverwaltung 1,4 Millionen, worunter 0,7 Millionen für Verwaltung und Unterhaltung des Dortmund-Ems-Kanals, auf die Handels- und Gewerbeverwaltung 1,7 Millionen, auf die Justizverwaltung 2,6 Millionen, auf die Verwaltung des Innern u. a. über 700 000 Mark für die Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung, 400 000 Mark für die Polizeiverwaltung in den Provinzen, auf die landwirtschaftliche Verwaltung 0,7 Millionen, auf die Gelehrtenverwaltung 0,1 Millionen, auf das Kultusministerium 7,8 Millionen, wovon 5,5 Millionen zur Durchführung der Gesetze betreffend das Dienstleistungsfeld der Geistlichen.

An Einzelheiten sind aus dem Etat hervorzuheben:

Im Etat für die Domänenverwaltung sind 100 000 Mark mehr zur Vermehrung und Verbesserung von Arbeiterwohnungen ausgeworfen, 300 000 Mark zur Erwerbung und ersten Einrichtung von kleineren Domänen in den Landesteilen, in denen Domänen gar nicht oder nur vereinzelt vorhanden sind, namentlich in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen, sowie im Regierungsbezirk Danubien. 500 000 Mark neu zur Aufbesserung des ordentlichen Domänenfonds und 140 000 Mark als erste Rate zur Anlage neuer fiskalischer Wälder in der Saar- und Moselländer. Im Etat für die Forstverwaltung sind 16 neue Forstförster mit 126 neue Forststellen vorgesehen. Der Forstfunktionsfonds soll um eine Million erhöht und die Verträge mit der Errichtung von Forsthäusern für Arbeiter auch auf die Provinzen Posen und Schlesien ausgedehnt werden.

Im Etat der Verwaltung der direkten Steuern sind außer den bereits erwähnten 12 Millionen Mark Mehraufnahmen aus der Einkommensteuer, welche von 1/2 Million bei der Erhöhung der Einkommensteuer auf 1/2 v. H. bei der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen vorgesehen. Bei der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin sollen 32 neue Regierungsekretäre geschaffen werden. Im Etat der Verwaltung der indirekten Steuern sind die Erhebungseinnahmen aus den Zöllen um 1/2 Million, aus der Zuckersteuer um 182 080 Mark, aus der Branntwein um 165 150 Mark, insgesamt aus Reichsteuern um 671 970 Mark höher veranschlagt. Der Mehrertrag aus der Wechselstempelsteuer ist auf 3 Millionen angesetzt. 2 Millionen sind unter den eingebrachten Ausgaben für Ausgaben vorhandener und neuer Dienstleistungen für Grenzaußen zu neu ausgeworfen.

Im Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung beläuft sich die Mehraufnahme insgesamt auf 14,5 Millionen. Die Mehraufgabe für die Zölle ist auf 4,7 Millionen Mark veranschlagt.

Nach dem Etat der Eisenbahnverwaltung werden wahrscheinlich 829,72 Kilometer neue Bahnen dem Verkehr übergeben werden. Durch die Mehreinstellung von Bediensteten entfällt eine Mehraufgabe von 12,8 Millionen, durch die Er-

höhung des Einkommens des Dienstpersonals eine weitere von 7,7 Millionen, darunter 1,7 Millionen durch die Erhöhung der Löhne der Betriebsarbeiter. Für Wohlfahrtszwecke ist 1 Million mehr vorgesehen. Die Kosten der Betriebsmaterialien z. B. auf 80,1 Millionen oder 9,8 Millionen mehr veranschlagt. Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der baulichen Anlagen sind 146 Millionen oder 20,4 Millionen mehr und für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Betriebsmittel und der maschinellen Anlagen 124,7 Millionen oder 7 Millionen mehr veranschlagt. Es sollen neu beschafft werden: 485 Stück Lokomotiven, 598 Stück Personen- und 6550 Stück Gepäck- und Güterwagen. Die Gesamtkosten dafür im Betrage von 49 Millionen übersteigen die wirklichen Ausgaben des Jahres 1897-98 um 8,8 Millionen Mark.

Im Etat der Staatsschuldenverwaltung sind 3,5 Millionen zur Verzinsung der im Laufe des Etatsjahres neu auszugebenden Staatsschuldenverbriefungen ausgeworfen. Die Staatsschuldenverwaltung beträgt 6 505 650 595 Mark 46 Pf. Davon sollen bekanntlich jährlich 1/3 v. H., also für 1899 rund 39 Millionen, getilgt werden.

Im Etat der allgemeinen Finanzverwaltung ist der Anteil an dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer auf 20,7 Millionen mehr, der Branntweinverbrauchsabgabe auf nahezu 0,8 Millionen mehr, und die Zinsen von den preussischen Zentralgenossenschaftskassen auf 0,4 Millionen mehr veranschlagt. Unter den Ausgaben beläuft sich das Mehr des Materialbetrages an das Reich auf 20,5 Millionen. Im Etat des Finanzministeriums sind 12 neue Regierungsratsstellen vorgesehen. Der Assessorien-Dienst ist um 150 000 Mark erhöht. Die Pensionen für Zivilbeamte und für die Rangdenkmäler haben sich um zwei Millionen gesteigert, um ebensoviel die Gehälter der Beamten und Wägen von vor dem 1. April 1897 verstorbenen Beamten für 750 000 Mark ausgeworfen, da die in den Vorjahren bewilligten Summen von je 500 000 Mark nicht ausgereicht haben. Für den Neubau der Kaiser-Wilhelms-Bibliothek und des Provinzialmuseums in Posen sind 752 400 Mark ausgeworfen.

Im Etat der Bauverwaltung ist 1/2 Million als Mehreinnahme von den Betriebsabgaben (Bräuden, Fahr-, Hafen- u. f. w. Geldern) angesetzt. Für Unterhaltung der Binnenhäfen und Binnengewässer u. f. w. ist eine Million mehr ausgeworfen. Im Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung sind die vorhandenen Gewerbeinspektoren um 7 vermehrt; 1 davon ist bestimmt für einen dem Regierungsverwaltung und Gewerbe in Berlin beizugebenden besonderen gewerblichen Hilfsarbeiter. Die Ausgaben für das gewerbliche Unterrichtswesen sind um 456 999 Mk. auf 4 991 735 Mk. erhöht worden. Zur Vermehrung der gewerblichen Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen sind 50 000 Mk. mehr eingestellt, zur Unterhaltung der in Schlesien zur Förderung der Hausindustrie eingerichteten Stiefelwerke 20 000 Mk. Der Fonds zur Förderung der Entwicklung des Genossenschaftswesens im Kleinergewerbe ist auf 20 000 Mk. in den einmaligen Ausgaben erhöht.

Im Etat der Justizverwaltung sind die Einnahmen aus den Kosten um 1,8 Millionen Mk., die aus der Verpflegung der Gefangenen um 1,3 Millionen Mk. erhöht.

Im Etat des Ministeriums des Innern wird die Errichtung einer königlichen Polizeiverwaltung in Rixdorf bei Berlin sowie eine Vermehrung des Polizeibeamtenpersonals in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf um 314 Stellen verlangt.

Im Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung sind für wissenschaftliche Erforschungen der Tierkrankheiten und für Versuche zu deren Bekämpfung 80 000 Mark ausgeworfen. Die Fonds für Förderung der Viehzucht sind um 85 000 Mark erhöht. 500 000 Mark sind als Darlehensfonds zur Förderung gemeinsamer Versuchs- und Musteranlagen ausgesetzt, welche der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und der besseren Verwertung landwirtschaftlicher Produkte dienen.

Im Kultusetat ist neu geplant an der Universität Berlin die Errichtung eines Extraordinariats für Staatswissenschaft und Archäologie. Ein neuer Fonds ist zur Remuneration von Oberlehrern für Hilfstätigkeit bei der Entlastung von Direktoren größerer Staatslehranstalten eingestellt, ferner ein solcher zur Unterstützung von Schulamtskandidaten bei Besichtigung in Folge einer vorübergehenden dienstlichen Verwendung an höheren Lehranstalten und schließlich zur Schaffung einer Auskunftsstelle für Lehrgänger des höheren Unterrichtswesens. In der königlichen Bibliothek Berlin soll ein Abtheilungsdirektor neu angestellt werden, beim Observatorium in Potsdam zwei Observatoren. Zur Unterstützung von Schulverbänden wegen Unvermögens bei Elementarschulbauten sind im Extraordinarium 3 Millionen, zur Förderung der Volksbibliotheken 50 000 Mk., zur Einrichtung einer Sammlung von Photographien nach Gemälden bei den Museen in Berlin 30 000 Mark, zur Einrichtung eines fortlaufenden Dienstes zur Erforschung der höheren Schichten der Atmosphäre mittels Drachenaufblasens 50 000 Mark, zur weiteren Förderung von Untersuchungen mit Röntgenstrahlen 15 000 Mark, zur Unterstützung von Industriellen bei der Förderung der deutschen Ausstellung in Paris 1900 50 000 Mark, und 100 000 Mark für die technische Hochschule in Danzig, worüber dem Landtag noch eine besondere Devisenliste zugehen wird, ausgeworfen.

### Die Vorgänge in Frankreich.

Angelehnt der lächerlichen Entstellung des Herrn Duesenay de Beaurepaire über den Grog des Obersten Biquart nach nachstehende „Erinnerungen“ eines Mitarbeiter der „Aurore“ nicht ohne Interesse: „Am 3. Februar 1890 traf der junge Herzog von Orleans in Paris ein. Vergänglich hatte er sich im Refektoriumsbureau und im Kriegsministerium gestellt, um in das Meer aufgenommen werden. Der alte (Polizeikommissar) Clement erhielt von der Staatsanwaltschaft Befehl, ihn festzunehmen. Der Prinz wurde des Abends in dem Wagen des Präfecten nach der Conciergerie geführt und dort so gut es ging untergebracht. „Seine Majestät“ erschien Tags darauf im Salon des Staatsanwalts der Republik Banaion. Der Generalstaatsanwalt war auch zugegen. Es war nicht sein Platz, aber er hatte dem Verhöre „Monseigneur“ beizuhelfen wollen, um dem „Herzog“ mitzuteilen, daß er vor dem Polizeigerichte eine Vertagung verlangen könnte. Dann ließ er den „erlauchten Gefangenen“ auf verschlungenen Wegen, statt durch die Treppe des Polizeigefängnisses, in das Cabinet des Aktuars der achten Kammer geleiten. Dort wartete „Monseigneur“, bis die Gerichtssitzung eröffnet wurde, in der er nur einen Augenblick erschien und die Vertagung erlangte. Er wurde nach der Conciergerie zurückgeführt, die er dank den gütlichen Aufmerksamkeiten ganz verwandelt fand. In der Zelle des „Herzogs“ stand ein weiß lackiertes Bett Louis XIV., zwei Rohrstühle, ein Tisch und der Besessener der Königin Marie Antoinette. Was würden die Wände erzählen, wenn sie reden könnten! In diesem reizenden Gemache wurden dem Schlingling des Generalprokurators die feinsten Wahlzeiten vorgelegt: keine Grog, wohl aber soles à la Joinville, à la Montpensier, à la Montespan (lösten die Alets à la d'Orléans, à l'Etendard oder die Poulardes à la Henry IV. ab, das alles in einem silbernen Tafelservice mit dem Wappen des Herzogs. Den Grogpunkt seiner Leistungen verlegte aber der Generalstaatsanwalt auf den Gerichtstag. Den Saal füllte der Adel des Faubourg Saint-Germain, der gekommen war, um seinem „König“ zuzuhelfen. Statt des Thrones hatte leider die Anklagebank des Herzogs von Orléans. Da ließ der P. G. (Procureur Général) einen Stuhl für den Beschuldigten herbeibringen. Und so durfte der Sohn des Grafen von Paris, der nach Frankreich gekommen war, um „aus der Soldatenschüssel zu essen“, sich bequem zwischen zwei gekämmten, schmutzigen, für die Gelegenheit ausgetrockneten Polstern im Gerichtssaal niederlassen. Dieser Generalprokurator wollte sich „Monseigneur“ machen, er war nicht mehr der Richter. Sie dürfen ihn daher brandmarken. Sein Name ist übrigens bedeutungsgemäß: Er hieß Duesenay de Beaurepaire.“ Der Staatsanwaltschef stellte sich gegen die Falschungen Henry's fest.

Der Oberst Cabanes versichert, Esterhazy werde wahrlich nicht heute nach Paris kommen. Vor seiner Abreise wird derselbe alle photographischen Aufnahmen in Sicherheit bringen.

dort so gut es ging untergebracht. „Seine Majestät“ erschien Tags darauf im Salon des Staatsanwalts der Republik Banaion. Der Generalstaatsanwalt war auch zugegen. Es war nicht sein Platz, aber er hatte dem Verhöre „Monseigneur“ beizuhelfen wollen, um dem „Herzog“ mitzuteilen, daß er vor dem Polizeigerichte eine Vertagung verlangen könnte. Dann ließ er den „erlauchten Gefangenen“ auf verschlungenen Wegen, statt durch die Treppe des Polizeigefängnisses, in das Cabinet des Aktuars der achten Kammer geleiten. Dort wartete „Monseigneur“, bis die Gerichtssitzung eröffnet wurde, in der er nur einen Augenblick erschien und die Vertagung erlangte. Er wurde nach der Conciergerie zurückgeführt, die er dank den gütlichen Aufmerksamkeiten ganz verwandelt fand. In der Zelle des „Herzogs“ stand ein weiß lackiertes Bett Louis XIV., zwei Rohrstühle, ein Tisch und der Besessener der Königin Marie Antoinette. Was würden die Wände erzählen, wenn sie reden könnten! In diesem reizenden Gemache wurden dem Schlingling des Generalprokurators die feinsten Wahlzeiten vorgelegt: keine Grog, wohl aber soles à la Joinville, à la Montpensier, à la Montespan (lösten die Alets à la d'Orléans, à l'Etendard oder die Poulardes à la Henry IV. ab, das alles in einem silbernen Tafelservice mit dem Wappen des Herzogs. Den Grogpunkt seiner Leistungen verlegte aber der Generalstaatsanwalt auf den Gerichtstag. Den Saal füllte der Adel des Faubourg Saint-Germain, der gekommen war, um seinem „König“ zuzuhelfen. Statt des Thrones hatte leider die Anklagebank des Herzogs von Orléans. Da ließ der P. G. (Procureur Général) einen Stuhl für den Beschuldigten herbeibringen. Und so durfte der Sohn des Grafen von Paris, der nach Frankreich gekommen war, um „aus der Soldatenschüssel zu essen“, sich bequem zwischen zwei gekämmten, schmutzigen, für die Gelegenheit ausgetrockneten Polstern im Gerichtssaal niederlassen. Dieser Generalprokurator wollte sich „Monseigneur“ machen, er war nicht mehr der Richter. Sie dürfen ihn daher brandmarken. Sein Name ist übrigens bedeutungsgemäß: Er hieß Duesenay de Beaurepaire.“ Der Staatsanwaltschef stellte sich gegen die Falschungen Henry's fest.

Der Oberst Cabanes versichert, Esterhazy werde wahrlich nicht heute nach Paris kommen. Vor seiner Abreise wird derselbe alle photographischen Aufnahmen in Sicherheit bringen.

### Aus dem Reiche.

Ueber den Aufenthalt des Prinzen und der Prinzessin Heinrich meldet der „Dial. Lloyd“, daß Prinz und Prinzessin Weichmann sowie Kenzler in Hongkong verbracht. Mitte Januar gedachten sie eine Reise nach Siam anzutreten, um dem Könige und der Königin von Siam einen Besuch abzustatten. Vom Laube des meien Elephanten begibt sich das prinzliche Paar nach Kanton via Shanghai. Die Prinzessin beschäftigt mit dem Reichspostdampfer „Prinz Heinrich“ im April wieder die Heimreise anzutreten. — Die **Herzogin-Wittve Amalie von Ratibor** ist gestern früh 4 Uhr 15 Minuten am Schloß Mauden bei Ratibor im Oberpfälzer im Alter von 78 Jahren an Altersschwäche gestorben. Sie war als Prinzessin Amelie von Fürstberg am 12. Februar 1821 geboren und am 19. April 1845 mit dem ihr am 30. Januar 1893 im Tode vorangegangenen Herzog Viktor von Ratibor, Fürst von Corvey, Prinz zu Hohenlohe-Schillingfürst, vermählt, mit ihm eine Schwägerin des Reichskanzlers Fürsten zu Hohenlohe. — Der **Generaloberst Graf von Waldersee** und dessen Gemahlin feierten zu Hannover am 14. April das Fest ihrer silbernen Hochzeit. Aus diesem Anlaß hat das Offizierskorps des 9. Armeekorps den Beschluß gefaßt, dem größten Paare zu seinem Festtage ein kostbares Ehrengeschenk zu stiften. Eine aus Offizieren der sämtlichen Truppengattungen des 9. Armeekorps gebildete Kommission ist bereits zusammengetreten, um die nöthigen Schritte in die Wege zu leiten. — Die Abordnung des Offizierskorps des preussischen Kaiser **Frang-Garde-Regiments Nr. 2**, unter Führung des Obersten v. Schwarzenberg, ist in Wien eingetroffen und wurde auf dem Bahnhof von dem Hauptmann im Generalstabe, Grafen Ledochowski, empfangen. Die Herren sind als Gäste des Kaisers in der Hofburg abgesehen und werden morgen vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen. — In Metz wurde der **Oberleutnant v. Müller** vom rheinischen Infanterieregiment Nr. 8 am Deutschen Thor von drei Stroichen überfallen und derart gewundelt, daß er gelitten ist. Die Angreifer sind verhaftet worden. — In Gießen ist der **Oberst J. v. Schütz** verstorben. Er hat dreißig Jahre dem 35. Infanterieregiment angehört, mit demselben alle drei Feldzüge mitgemacht und sich 1870 derartig ausgezeichnet, daß er mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse decorirt wurde. Bei Changé war er schwer verwundet worden. — Sämtlichen **Postunterbeamten** Dresdens ist, wie das „Meiß. Tagebl.“ meldet, eine Verfügung unterbreitet worden, durch die sie von der Oberpostdirektion vor dem Betreten solcher öffentlichen Lokale gewarnt werden, in denen das bisherige Organ der Postunterbeamten, der „Deutsche Postbote“, ansieht. — Das Konfession, das die **Väcker Staatslotterie** gepachtet hat, hat am Sonnabend beschlossen, schon für die zweite Ziehung eine Vermehrung der Zahl der Loose von 50 000 auf 53 000 eintreten zu lassen. — Während in der freireichlichen Presse fast durchweg heftiger Widerspruch gegen die Maßregeln wider die **dänische Agitation in Nordschleswig** erhoben wird, denkt man in schleswiger freireichlichen Parteien anders. Die „Schlesw. Nachrichten“ z. B. in Abereinstimmung mit den Empfindungen der Bewohner der Stadt Schleswig fühlte sich der Kaufmann Böhm (27) gebürtig, der Vertreter der politischen Parteien zu einer Sitzung einladen, um die Wahlverhältnisse der Konfession, Nationalliberalen, freireichlichen Vereinigung und freireichlichen Volkspartei hatten der Einladung Folge gegeben. Von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß wir erst Deutsche sind, in zweiter Linie erst einer bestimmten politischen Partei angehören, wurde auch sofort eine Einigung erzielt und beschlossen, dem Oberpräsidenten von Stöcker eine Donation

darzubringen. Wenn die Versammlung auch annahm, daß der Oberpräsident von Seiten der Staatsregierung der nachdrücklichsten Unterstützung sicher sei, so glaubte man dennoch, wohl daran zu thun, auch hier aus dem schleswig-holsteinischen Volk heraus eine Kundgebung zu veranstalten und zu zeigen, daß die Schleswig-Holsteiner ein verständnisvolles Herz haben und vor allem anerkennen, daß v. Stöcker in dem Jahre seines Sterbens bewiesen hat, daß er uns versteht und unsere Gefühle der Nation trägt. Es wurde deshalb einstimmig beschlossen, einen Fackelzug zu arrangieren.“ Herr v. Stöcker hat denselben beifolglich abgelehnt.

### Deutschland.

**Berlin, 18. Januar.** Die russische Note, welche das Programm für die Abrüstungskonferenz enthält, ist gestern Nachmittag im hiesigen auswärtigen Amt übergeben worden.

Der Gegenentwurf über die Abänderung der Gewerbeordnung ist nicht, wie das „W. Z.“ gemeldet hat, im Bundesrat angenommen, sondern an die Ausschüsse verwiesen worden; er enthält u. A. den angekündigten Schutz der Angestellten im Handelsgewerbe.

Dem Abgeordnetenhaus ist der Geschäftsbericht der königlichen Porzellanmanufaktur zu Berlin für die Zeit vom 1. April 1894 bis 31. März 1898 zugegangen. Der summarische Bericht für 1894-97 ergibt, daß die Manufaktur für diese drei Jahre an baaren Zuschüssen 129 266,63 Mark verbraucht hat, während nach dem Etats 379 215 Mark zulässig waren, so daß gegen das Etats-Soll eine Ersparnis von 249 948,37 Mark erzielt ist, welche im Vergleich zu den drei vorausgegangenen Jahren 1891-94 noch mehr hervortritt; denn in diesen Jahren haben die verbrauchten Zuschüsse 435 822,67 Mark betragen, also mehr 306 556,4 Mark. Im Jahre 1897-98 hat die Manufaktur nur 8260,42 Mark Zuschuß, statt des ihr nach dem Etat zugeordneten von 74 484 Mark gebraucht, so daß erspart sind 66 223,58 Mark.

Eine Mitteilung, daß zur Ausführung der neuen Fasererbsenordnung von dem Landtage die Bewilligung weiterer Mittel verlangt werden würde, bestätigt sich nach der „Schles. Zig.“ nicht; in dem neuen Kultusetat ist keine solche Forderung vorhanden. Das nötige Material zur Sache ist noch nicht beisammen, doch wird an zuständiger Stelle die Erwartung ausgesprochen, daß innerhalb eines Monats die gesamte Aufstellung zum Abschluß gebracht werden kann. Selbstverständlich werden alle leistungsfähigen Gemeinden zur Zahlung ihrer Beiträge herangezogen, und es ist Grund zur Annahme vorhanden, daß die eingehenden Beträge dem Bedürfnis gerade genügen werden.

Gestern wurde im Hotel Kaiserhof die Hauptversammlung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten unter dem Vorsitz des Geh. Kommerzienraths Herrn Vneeg-Düffeldorf abgehalten: „Vor dem Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in warmen Worten der Thätigkeit des Fürsten Bismarck. Der Geschäftsführer des Vereins, Herr Ingenieur Schröder, erläuterte hierauf einen interessanten Geschäftsbericht. In der sich an den Bericht knüpfenden Diskussion wird mehrfach festgestellt, daß von den Amerikanern die Vorfahrt nicht nur nicht eingehalten werden, sondern daß auch auf die Ausführung nicht mehr die frühere Sorgfalt verwendet wird. Dies geht so weit, daß mehrfach die bezogenen Maschinen wegen großer Mängel haben zur Verfügung gestellt werden müssen. Es folgt eine eingehende Erörterung der Arbeiterverhältnisse und besonders des Arbeitsnachweises, welche Fragen in der nächsten Versammlung eingehend behandelt werden sollen. Die Frage des Arbeitsnachweises und der Bildung eines besonderen Verbandes soll dem Ausguss zur Verhandlung übergeben werden. Es folgt die Beratung der Lieferungsbedingungen, über welchen Gegenstand eine veranlagte Rundfrage reiches Material ergeben hat, das im Druck vorliegt und von der Versammlung eingehend erörtert und schließlich an eine Kommission verwiesen wird. Der Geschäftsführer berichtet sodann über die Bestrebungen des Vereins deutscher Ingenieure betreffend die Einführung des metrischen Gewichtes in Deutschland. Der genannte Verein hat in dankenswerther Weise die gegen seinen Plan erhobenen Bedenken anerkannt und durch die Aufstellung eines normalen metrischen Gewichtes, das internationale Geltung haben soll, die Grundlage für eine weitere Regelung der Sache geschaffen. Die Versammlung tritt nun in die Beratung der Aufstellung eines neuen Tarifschemas für die Gestaltung des neuen autonomen Zolltarifes ein und beschließt, seine Wünsche in Bezug auf diese erste zu äußern, wenn das von der Regierung aufgestellte Schema bekannt geworden ist. Hiermit werden die Verhandlungen geschlossen.

Ueber die Lage der wissenschaftlichen Hilfslehrer in Preußen schreibt man der „Magd. Zig.“: Wie traurig noch immer die Lage und die Aussichten der wissenschaftlichen Hilfslehrer in Preußen sind, läßt sich aus einer in Nr. 23 des 6. Jahrgangs des „Korrespondenzblattes für die Philologengemeinde Preußens“ (herausgegeben vom Direktor Dr. Stemminger in Schalle) veröffentlichten Uebersicht ergeben. Der Aufstellung ist zu Grunde gelegt der Stand vom November 1898 nach Küniges „Kataloger für das höhere Schulwesen. Schuljahr 1898-99“ mit Berücksichtigung der bekannt gewordenen neuesten Veränderungen. Danach sind noch 174 Hilfslehrer vorhanden, die vor dem Jahre 1890 die Aufstellungsfähigkeit sich erworben haben; die geringsten Zahlen weisen Hannover (2), die Rheinprovinz (3), Pommern (6) und Westpreußen (7) auf, die höchsten Westfalen (23), Hessen-Nassau (27), Brandenburg (32) bei 273 etatsmäßigen Stellen an staatlichen Anstalten, Sachsen (38) bei nur 172 Stellen, während in Schleswig-Holstein und Posen bis zum Jahre 1892 (resp. 1890) die „alten“ Hilfslehrer sämtlich verbraucht sind. Am allerungünstigsten ist also die Lage der alten Hilfslehrer (zinnal der Altphilologen) in der Provinz Sachsen; da hier in den letzten 1 1/2 Jahren (1. Mai 1897 bis 1. November 1898) der Staat nur 8 Hilfslehrer der Jahrgänge bis 1889 einschließlich hat verbraucht

können und im Verhältnis dazu eine nur geringe Anzahl von etatsmäßigen Stellen an Staatsanstalten vorhanden sind, da ferner die Städte (auch die größeren) ihren nachweisbar dauernden Bedarf an Lehrkräften auf längere Zeit durch Hilfskräfte zu decken pflegen, so erscheint die Lage geradezu trostlos. Eine Bewerbung an auswärtigen städtischen Anstalten pflegt darum aber für die älteren Hilfslehrer meist von vornherein aussichtslos zu sein, weil die Stadtgemeinden aus nahegelegenen Gründen lieber jüngere Kräfte in ihren Dienst nehmen. Wie weiter bemerkt wird, ist durch Ministerialerlaß vom 7. August 1892 der Uebergang von Hilfslehrern aus einer Provinz in die andere ohne Schädigung der Anciennität mit Genehmigung des Ministers gestattet, ja, der Herr Minister hat sich sogar vorbehalten, die erforderliche Ausgleichung herbeizuführen. Bisher ist uns aber für die Provinz Sachsen kein Fall bekannt geworden. Unleugbar sind die gekennzeichneten Ungleichheiten und Härten noch vorhanden, und es erscheint dringend wünschenswert, daß die Staatsregierung nach wohlwollender Prüfung der Verhältnisse einen u. G. nicht aus dem Bereiche der Möglichkeit liegenden Ausgleich ins Auge faßt. Sollte das nicht geschehen, so würden die älteren Hilfslehrer der Provinz Sachsen z. B. erst nach durchschnittlich 16jähriger Wartzeit und im 44. Lebensjahre eine feste Aufstellung erlangen — gewiß kein beneidenswertes Loos!

### Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 17. Januar.** Das Justizministerium richtete an die Präsidenten der Gerichtsbehörden in Böhmen einen Erlaß, in welchem ihnen die letzte obergerichtliche Entscheidung in der Sprachenfrage mit der Motivierung mitgeteilt wurde, daß die im politischen Kampfe entstandene Frage über die Gültigkeit der Sprachverordnungen durch die Entscheidung beantwortet sei.

**Wien, 17. Januar.** Die heutige Abgeordnetenversammlung stand im Zeichen der Obstruktion. Nach Verlesung des Einlaufes rückte die Liste mit Anträgen auf namentliche Abstimmungen an; sie verlangte bei verschiedenen Petitionen deren wörtlichen Abdruck im stenographischen Protokoll unter Vornahme namentlicher Abstimmung. Die Rechte brach jedesmal in ironischen Beifall aus, ließ aber der Obstruktion freien Lauf. Nach fünf namentlichen Abstimmungen schritt der Präsident zum Sitzungsschluß, ohne daß auch nur der erste Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung gelangt wäre. Von der Absicht, durch das massenhafte Anfragen an das Präsidium den Eintritt in die Tagesordnung zu verhindern, kam die Liste ab, da die Taktik der namentlichen Abstimmung an wirksamkeit kam. Dem Vorschlag des Präsidenten, die heutige Tagesordnung auch für die nächste Sitzung beizubehalten, widersprach die Liste heftig. Dr. Bergel beantragte, ausschließlich die Ministeranträge auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Präsident Fuchs begründete dagegen sein Vorgehen und sagte: „Was insbesondere das Mehrkostenfontingent anbelangt, so bin ich der Anschauung, daß es Staatsnotwendigkeit ist.“ (Unterbrechung, Lärm, Gelächter links.) Man hört die Arie: „Der Ausgleich mit den Deutschen ist die erste Staatsnotwendigkeit!“ (Zurückziehung der Sprachenverordnungen ist Staatsnotwendigkeit!) Präsident: „Gerade diejenigen, welche am allermeisten dagegen remonstrieren, sollten schon aus Interesse für das Bündnis mit Deutschland diese Vorlage in Verhandlung nehmen.“ (Unerwartetes Gelächter links.) Prade: Sie gehören selbst zu den ärgsten Gegnern des deutsch-österreichischen Bündnisses! Wolf: „Felsen Sie Bismarcks Ausrufungen über Oesterreich in seinen „Erinnerungen!“ Die Sitzung schloß mit der Ablehnung des Antrages Bergel mit 165 gegen 101 Stimmen. Die Rechte glaubt durch Auszählen der Obstruktion besiegen zu können, da ein Teil der Linken gegen die Obstruktion, mithin die Opposition gespalten ist. Die Führer der Linken hoffen aber trotzdem, daß die Opposition ungebrochen bleibt, weshalb auch an Aufstellung eines gemeinsamen Programms, dem alle oppositionellen Gruppen zustimmen sollen, gearbeitet wird.

### Frankreich.

**Paris, 17. Januar.** Deputiertenkammer. Bei der Generaldebatte über das Budget kritisiert der Berichterstatter Pelletan lebhaft die Ausgaben für die Kolonien und vergleicht sie mit denen Englands. Pelletan betont, daß die kolonialen Ausgaben Frankreichs die Höhe von 80 Millionen Franks erreichen und größer sind als die aller anderen Mächte zusammen, und sagt, die Kontrolle des Parlaments über das koloniale Budget sei eine rein platonische. Niemand könne die kolonialpolitik der Regierung, welche nur darauf sinne, Beamte und Militärs nach den Kolonien zu entsenden.

In den Wandelgängen der Kammer verlaute, daß bei Gelegenheit der Beratung des Budgets des Ministeriums des Aeußeren mehrere Anfragen an den Minister des Aeußeren Delcassé gerichtet werden würden und daß Delcassé diese Gelegenheit wahrnehmen würde, Erklärungen abzugeben, im Besonderen über die Falschodan-Affäre, das Protektorat über die Karthagen im Orient und den spanisch-amerikanischen Krieg.

### Die gewerblichen Lehranstalten Stettins.

Vortrag des Stadtverordneten Julius Kurr, gehalten im Bezirksverein „Oberwiel“ am 11. Januar 1899.

(Schluß.)

Ich komme jetzt zu der Einrichtung und dem Unterricht in diesen Schulen und bemerke zunächst, daß die Seebau- und Maschinenbau-Schule eine Fachschule für Seebau- und Maschinenbau sind, welche aus 2 Klassen bestehen wird und zunächst nur Maschinenbau II., III. und IV. Klasse auszubilden bestimmt ist. Später auch Maschinenbau I. Klasse auszubilden, bleibt dem Beschlusse vorbehalten. Die Schüler haben Schulgeld zu entrichten, dessen Höhe noch nicht festgelegt ist. Auch der spezielle Unterricht ist bei den neueren Verhandlungen meines Wissens nicht



